Abg. Becker erklärte, nach Durchsicht des Stellenplans sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Personalmehrforderungen stichhaltig seien. Insbesondere für den Bereich des Gesundheitsamtes und des Bevölkerungsschutzes liege der Mehrbedarf auf der Hand. Einige Stellen würden sich auch durch Gebühreneinnahmen refinanzieren und seien damit weitestgehend haushaltsneutral. Insgesamt sei es eine beachtliche Summe, die durch die Mehrstellen zustande komme, aber der Stellenmehrbedarf sei gerechtfertigt, begründet und nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Abg. Balansky wies darauf hin, dass auch die Fraktion Die Grünen der Vorlage zustimmen werde und sie sich den Ausführungen von Herrn Becker anschließen möchte. Des Weiteren bat sie die Verwaltung noch darum, in Zukunft eine ausführlichere Auflistung nach den Produkten mit den Zu- und Abgängen beizufügen.

Darüber hinaus hätte sie gerne noch zu der Fachstelle COVID unter Punkt c) der Vorlage eine Übersicht der Stellen und ein paar Erläuterungen hierzu als Anlage zur Niederschrift.

KD'in Udelhoven führte aus, dass bei der Fachstelle Covid ein Gesamtbetrag eingestellt wurde, da es hier nicht um Stellen, sondern um Personal ginge, das befristet für die Fachstelle Covid eingestellt werde. Daher sei hier eine Auflistung von Stellen nicht möglich.

Abg. Krupp bestätigte, dass der Stellenmehrbedarf, der von der Verwaltung hier dargestellt werde, gut nachvollziehbar sei. Viele Themen seien schon mehrfach in der letzten Wahlperiode besprochen worden. Es sei jedoch ein erheblicher Mehrbetrag, der in den Haushalt eingestellt werden soll. Die SPD-Fraktion werde sich bei der Abstimmung zum Stellenplan enthalten. Dies werde in der Fraktion noch generell im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden.

Abg. Josten-Schneider dankte der Verwaltung für die ausführliche Darstellung. Man habe in der FDP-Fraktion hierüber intensiv und ausführlich beraten. Man sehe die Notwendigkeit der Neueinstellungen und der Neueinrichtungen dieser Stellen und werde der Vorlage vollumfänglich zustimmen.

SkB Lenzen wies darauf hin, dass seit 2015 in der Ausländerbehörde 21 neue zusätzliche Stellen eingerichtet worden seien. Trotzdem würde es erstaunlicher Weise bis zum heutigen Tage noch Bearbeitungsrückstände von $\frac{3}{4}$ der Anträge geben. Es sollen zusätzliche Stellen mit Mehrkosten von 400.000 € pro Jahr eingestellt werden, daher werde sich die AfD-Fraktion dieses Haushaltsentwurfes enthalten.

Die Vorsitzende ließ über den Beschluss abstimmen.